

Interpellation

"Landeskirchliches Bibelverständnis im Umgang mit Fundamentalismus und Homosexualität"

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren im Kirchenrat,
sehr geehrte Synodale,

in Bichelsee und Dussnang wurde Maik Becker von der Pfarrwahlkommission als Pfarrer vorgeschlagen und am 23. und 24. März gewählt. Viele Medien verbreiteten die Meldung, dass er nur in Dussnang, aber nicht in Bichelsee als Pfarrer gewählt wurde, weil dort 32 Menschen einen leeren oder ungültigen Stimmzettel abgaben.

Erschrocken bin ich über die Berichte, dass Gemeindeglieder mit der Bibel begründeten, dass Pfarrer nicht schwul sein dürften und laut Bibel Schwule den Tod verdienten. Auch wurden zuvor anonyme Mails in der Gemeinde verbreitet und Unbekannte verschickten Drohungen. Ich fühle mit M. Becker und seinem Lebensgefährten, die beide so ausgegrenzt und solchem Druck ausgesetzt sind.

Eine Woche später, am 31. März, berichtete ref.ch, dass M. Becker „formal auch in Bichelsee gewählt“ wurde, was Kirchenratspräsident W. Bühler bestätigte. M. Becker wurde darauf eine Entscheidungsfrist gesetzt, und er hat auf die Annahme der Wahl verzichtet.

Irritiert hat mich das Verhalten des Kirchenrates: Ich hatte eine rasche Klarstellung erwartet, ob die Wahl aufgrund der abgegebenen Stimmen gültig ist oder nicht, da der Kirchenrat auch die Genehmigung erteilt.

- Warum wurde nicht sofort nach Bekanntwerden der Unregelmässigkeiten bei der vermeintlichen Nichtwahl gegenüber allen Beteiligten klargestellt, dass Pfr. Maik Becker entgegen der Meldungen in den Medien in beiden Kirchgemeinden gewählt worden ist?

Auch hatte ich erwartet, dass sich der Kirchenrat dezidiert vor den im Tiefsten verletzten Kandidaten stellt und unmissverständlich von denjenigen distanziert, welche die Bibel zur Ausgrenzung von Menschen missbrauchen. Ich wünsche mir einen Kirchenrat, der sich klar gegen anonyme Drohungen, Pauschalverurteilungen und psychische wie körperliche Gewalt ausspricht, gerade wenn diese mit der Bibel begründet werden.

- Was gedenkt der Kirchenrat zu tun, um künftig solchen Missbrauch der Bibel zu verhindern? Wie geht er grundsätzlich mit gewaltbereiten Fundamentalisten, die kontextlos ein Bibelwort wörtlich eins zu eins übertragen wollen, in unserer Kirche um?
- Inwiefern steht der Kirchenrat dafür ein, dass wir in der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau schwule und lesbische Mitarbeitende nicht nur tolerieren, sondern wertschätzen?

Es geht mir aber auch um weit grundsätzlichere Fragen.

Der „Fall“ ist kein Fall, nicht ein „Fall Bichelsee“ oder ein „Fall Dussnang“, und schon gar nicht ein „Fall Becker“. Es geht um eine grundsätzliche Diskussion, es geht um Grundsatzentscheidungen, die überfällig sind:

Wie viel Fundamentalismus erträgt eine Landeskirche? Homosexualität ist nur ein Unterthema der Grundsatzfrage, wie viel an Vielfalt und Reichtum von Lebensentwürfen möglich sind und wieviel an theologischer Auseinandersetzung, auch mit der kirchlichen Basis, im Thurgau nötig ist.

Darum meine Anfrage:

- Welche Strategien hat der Kirchenrat, um solche Ausgrenzungen in Zukunft zu verhindern? Was gedenkt der Kirchenrat gegen Intoleranz und Ausgrenzung in den eigenen Reihen zu unternehmen?
- Welche Möglichkeiten sieht der Kirchenrat, um mit Intoleranz, Radikalismus und auch daraus entstehender Gewaltbereitschaft, Anspruch auf alleinigen Wahrheitsbesitz und einem fehlenden Respekt vor anders Denkenden umzugehen?
- Welche Möglichkeiten sieht der Kirchenrat, um den Nachholbedarf an theologischer Information und Bildung nachzuholen?

Mir schwebt vor, dass die Evangelische Landeskirche des Kantons Thurgau wie andere Landeskirchen vor uns zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen klar Stellung bezieht. Ich denke dabei an den Bericht des Kirchenrats der Reformierten Kirche des Kantons Zürich 1999 als Antwort auf das Postulat Nr. 352 (von 1993), in dem die Kirche sich für alle durch die Kirche erfolgten Diskriminierungen der Vergangenheit gegenüber Homosexuellen entschuldigte und betont hat, dass die sexuelle Ausrichtung eines Menschen in keinem kirchlichen Zusammenhang ein Kriterium darstellen dürfe.

Ich stelle mir konkret je ein Positionspapier zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Glaubensströmungen und zur Homosexualität vor. Darin müsste unsere Kirche die Grenzen des Fundamentalismus in der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau klar und unmissverständlich umreissen resp. grundsätzlich Stellung nehmen zu Fragen von Homosexualität inkl. Homosexualität im Pfarramt.

Die Landessynode 2009 der Evangelischen Kirche im Rheinland hat z.B. am 16.1.2009 beschlossen, Pfarrern und Kirchenbeamten, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, im Besoldungs- und Versorgungsrecht dieselben Rechte einzuräumen wie Ehepaaren. Ihr folgte 2010 die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die beschloss, dass evangelische Pfarrerrinnen und Pfarrer künftig in einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft im Pfarrhaus zusammen leben können.

Kirchliche Trauungen gleichgeschlechtlicher Paare sind inzwischen in den evangelischen Kirchen in Schweden, Dänemark, Norwegen und im Rheinland, Hessen-Nassau und Berlin-Brandenburg möglich, Segnungen in den meisten anderen Kirchen.

Wichtiger als das Papier, das dabei schliesslich herauskommt, ist mir die grundsätzliche Auseinandersetzung in Kirchenleitung, Synode, unter Pfarrerinnen und Pfarrern und auch mit der Basis. Ich halte eine solche Diskussion für überfällig.

Peter Kuster

Synodaler der Kirchgemeinde Lustdorf
Frauenfelderstrasse 71
8514 Amlikon – Bissegg